

Pressemitteilung

Ich beziehe mich auf meinen Einspruch gegen die erneute Erhöhung der Grundsteuer B in Bornheim. Ich möchte meinen Redebeitrag auf der gestrigen Sitzung des Bürgerrats der Stadt Bornheim zur Kenntnis geben. Sofern man darüber berichten will, kann die Redaktion den Text verwenden.

Redebeitrag

Wer leistet sich ein Grundstück und ein Haus? Das sind die Bürger, die eine Familie gründen oder / und ein Geschäft aufbauen. Das sind die Bürgerinnen und Bürger, auf denen unsere Gesellschaft basiert. Diese Bürger gehen das Risiko der totalen Verschuldung in dem Vertrauen ein, dass die Gemeinde in der sie ansässig sind, ihren gesellschaftlichen Beitrag schätzt und ihr Eigentum schützt. Diese Bürger finanzieren zusätzlich zu dem Haus noch mindestens ein Auto, zahlen die höchsten Steuern, die höchsten Kindergartenbeiträge und die höchsten Ganztagsbetreuungssätze. Viele gehen in Schichtarbeit arbeiten, um all das und die berufliche Ausbildung ihrer Kinder zu finanzieren. Zudem kommen dann weitere Belastungen, die Strompreise steigen und auch das Auto muss repariert und finanziert werden, falls der Arbeitsplatz nicht in Bornheim liegt. Beide Elternteile müssen arbeiten, die Kinder müssen in die Ganztagsbetreuung, weil anders die Schulden nicht zurückbezahlt werden können.

Durch diesen finanziellen Druck werden die Ehen belastet, beide Eltern arbeiten, die Kinder sind in der Ganztagsbetreuung, die Familie ist auseinander gerissen und nicht selten kommt es durch den unvermeidbaren beruflichen und finanziellen Stress zu Trennungen.

Die Erhöhung der Grundsteuer B bringt viele an den Rand der Finanzierungsgrenze. Das Geld, welches zur Sicherheit zurückgelegt werden muss, soll für eine neue Heizung, ein beschädigtes Fenster, einen Motorschaden am Auto verwendet werden können und sollte nicht von der Stadt über ständige Erhöhungen der Grundsteuern abgeschöpft werden.

Wir Grundstücksbesitzer können nicht in andere Kommunen mit deutlich geringerer Grundsteuer fliehen, unsere Kinder gehen hier zur Schule, wir sind hier in Bornheim gebunden. Und wir wollen auch in Bornheim bleiben!

Wenn die Stadt mit den zur Verfügung stehenden Finanzen nicht zurecht kommt, dann darf sie keine weiteren Belastungen, verursacht durch den Bund und das Land, mehr annehmen. Zu einem großen Teil wird die erhöhte Grundsteuer B laut Haushaltsbeschluss für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern verwendet. Diese Kosten sind eine reine Bundesangelegenheit.

Wir zahlen in Bornheim jetzt schon eine Menge Steuern und Gebühren. Wenn die Kommunen erfolglos darin sind, diese Kosten vom Bund nur unvollständig ersetzt zu bekommen, dann darf man das unserer Meinung nach nicht auf dem Rücken der Bürger austragen, die niemals gefragt wurden und die niemals bereit waren, die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von ca. 900 Flüchtlingen in Bornheim zu tragen.

Wenn diese Bürger oder ihre Kinder nämlich selber in Not geraten, dann stehen sie ganz schnell mit ganz leeren Händen da. Dann ist das Häuschen, das in Wirklichkeit der Bank gehört, nämlich weg.

Die Stadt hat 65 Millionen Schulden und erhöht diese dieses Jahr um 9,4 Millionen auf 74,4 Millionen Schulden. Es gibt zu Bedenken, dass ca. 400 abgelehnte Asylbewerber ohne Zuschüsse des Bundes in Bornheim finanziert werden. Diese Asylbewerber müssten folglich wieder in ihre Heimat zurück geschickt werden. Dann könnten die Grundsteuer B Erhöhungen der letzten Jahre wieder zurück genommen werden. Das geschieht jedoch nachweislich nur in wenigen Fällen!

Stattdessen wird in der Flüchtlingspolitik des Bundes einfach weiter so gemacht. Es wird weiterhin Hilfsbereitschaft in die ganze Welt signalisiert, was weitere Asylbeantragende zur Einreise bewegt. Wir und unsere Kinder werden die nächsten hundert Jahre dafür noch zahlen müssen.

Die im Bürgerrat vertretenen Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und auch die Verwaltung bedauern, dass die Bemühungen um höhere Zuweisungen an die Stadt Bornheim erfolglos waren. Wir weisen darauf hin, dass die gleichen Parteien, die im Bund die Migrantenkrisen verursacht haben und nun die Kosten auf die Kommunen und damit auf die Bürger abwälzen.

Bornheim, den 05.06.2019

Gerda Noack